

Beschluss Impulse für eine evidenzbasierte Kriminal- und Strafrechtspolitik

Gremium: Landesversammlung
Beschlussdatum: 25.03.2023
Tagesordnungspunkt: 10. Weitere Anträge (V-Anträge)

Antragstext

1 1. Einleitung

2 2. Unsere Ziele

- 3 • a) Freiheitsstrafe reduzieren
4 ◦ aa) Strafrecht entrümpeln
5
6 ◦ bb) Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen
7
8 ◦ cc) Alternative Sanktionen im Strafgesetzbuch und
9 Jugendgerichtsgesetz verankern und stärken
10 ■ (1) Restorative Justice / Täter-Opfer-Ausgleich
11
12 ■ (2) elektronische Aufenthaltsüberwachung als milderes Mittel
13 zur Freiheitsstrafe
14
15 ■ (3) Verstärkte Anwendung von § 35 Betäubungsmittelgesetz
16
17 ■ (4) Jugendhilfe ausbauen
18
19 • b) Strafvollzug menschlich und modern
20 ◦ aa) Rentenversicherung und Entlohnung
21
22 ◦ bb) Besondere Bedarfe, besondere Angebote
23 ■ (1) Frauen im Vollzug
24
25 ■ (2) sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Vollzug
26
27 ■ (3) Suchtmittelabhängigkeit
28
29 ■ (4) Menschen mit psychischen Störungen
30
31 ■ (5) ausländische Inhaftierte und Inhaftierte mit
32 internationaler Geschichte
33
34 ◦ cc) Besondere Vollzugsformen
35
36 ◦ dd) Resozialisierung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

24 3. Ausblick

25 1. Einleitung

26 Die Auseinandersetzung mit Kriminalität und der staatlichen Reaktion darauf ist
27 eine zentrale Aufgabe von Gesellschaft und Politik in einem freiheitlichen,

28 demokratischen Rechtsstaat. Für uns Bündnisgrüne ist klar: Die Grundlage von
29 Kriminal- und Strafrechtspolitik muss wissenschaftliche Evidenz sein. Dabei geht
30 es sowohl um gesellschaftliche und individuelle Ursachen von Kriminalität, als
31 auch um die Wirkung staatlicher Reaktions- und Sanktionsmechanismen auf die
32 individuell Betroffenen und auf unsere Gesellschaft.

33 Politische Diskussionen und Berichterstattung zum Thema Kriminalität sind jedoch
34 häufig stark geprägt von Populismus, einer Unkenntnis über kriminologische
35 Zusammenhänge und einem archaischen Bild von Strafe. Obwohl die Anzahl der
36 registrierten Straftaten seit Jahren rückläufig ist, ist die Kriminalitätsfurcht
37 in unserer Gesellschaft unvermindert hoch. Diese hat jedoch negativen
38 Auswirkungen auf unser Zusammenleben und unsere Demokratie. Denn zwischen einer
39 erhöhten Kriminalitätsfurcht und einer erhöhten Anfälligkeit für
40 Verschwörungsideologien und Autoritarismus besteht ein unmittelbarer
41 Zusammenhang. Es ist jedoch die Aufgabe von bündnisgrüner Kriminal- und
42 Strafrechtspolitik - auch im Angesicht von gefühlten und realen Bedrohungslagen
43 - politische Entscheidungen auf der Grundlage empirisch belegbarer Informationen
44 zu treffen. Wir wollen sowohl Menschen und andere Rechtsgüter schützen als auch
45 ein Verständnis für maßvolle und differenzierte Reaktionen vermitteln. Nur so
46 lässt sich unser Ziel eines friedlichen Zusammenlebens und einer möglichst
47 weitgehenden Vermeidung von Straftaten nachhaltig erreichen. Die Inhaftierung
48 bleibt für uns Ultima Ratio. Stattdessen wollen wir Alternativen zu Strafe und
49 Strafvollzug stärken.

50 Die aktuell im Gesetz vorgesehenen Formen der Strafe (Freiheits- und Geldstrafe,
51 Fahrverbot) lassen für die Fragen nach den Ursachen von Straffälligkeit und nach
52 dem Weg hin zu einer erfolgreichen Resozialisierung, als primärem Ziel des
53 Vollzuges, nicht genug Raum. Eine evidenzbasierte Kriminalpolitik befördert den
54 Erhalt demokratischer Werte und den Schutz des sozialen Friedens. Wir
55 Bündnisgrüne wollen deshalb nicht nur über evidenzbasierte Kriminalpolitik
56 reden, wir wollen sie umsetzen. Zu lange schon verstaubt das Thema in
57 akademischen Debatten, dabei wird die Reformierung des Strafvollzuges in der
58 Bundesrepublik Deutschland bereits seit den 60er Jahren breit diskutiert. Getan
59 hat sich bisher deutschlandweit zu wenig. Die noch in den 1980er-Jahren auch und
60 gerade in unserer Partei breit geführten gesellschaftlichen Debatten über die
61 Entwicklung von Strafe und Strafrecht sind zum bloßen Nischenthema geworden.
62 Erfolgreiche Pilotprojekte im Vollzug werden aus Sorge vor Unpopularität, wegen
63 gesellschaftlich fehlender Mehrheiten oder wechselnder Machtverhältnisse oft
64 nicht flächendeckend umgesetzt, ein einmal erhöhtes Strafmaß nicht mehr
65 zurückgestuft. Dabei wäre eine evidenzbasierte Kriminalpolitik ein wesentlicher
66 Beitrag zur Modernisierung unserer Gesellschaft.

67 Der Strafvollzug soll zudem die unmögliche Aufgabe vollbringen, einerseits eine
68 100%ige Sicherheit vor weiteren Straftaten und Flucht zu gewährleisten und
69 andererseits die Ursachen für Straftaten bei den Inhaftierten zu beheben und sie
70 nahtlos wieder in die Gesellschaft zu entlassen. Zum einen ist jedoch klar, dass
71 es in keinem Bereich unserer Gesellschaft eine 100%ige Sicherheit geben kann.
72 Zum anderen bringt der Vollzug als totale Institution viele Gegebenheiten mit
73 sich, die einer Resozialisierung eher entgegenwirken, als sie zu befördern. Es
74 ist kaum möglich, Menschen in die Gesellschaft zu integrieren, indem man sie
75 ausschließt. Die Rundumversorgung der Inhaftierten und die Abhängigkeit von den
76 Regeln und fremden Entscheidungen in der Anstalt tragen nicht zum Erlernen

77 sozialer Kompetenzen und zu einem eigenverantwortlichen Leben bei. Viele
78 Inhaftierte werden in den

79 Justizvollzugsanstalten, beispielsweise durch die Bildung von so genannten
80 Subkulturen, eher weiter in die Kriminalität hineingezogen. Dazu kommt, dass die
81 Bedingungen der Inhaftierung und der in den Justizvollzugsanstalten bestehende
82 Sicherheitsanspruch, der beispielsweise durch Überwachung und Kontrollen zum
83 Ausdruck kommt, hinderlich für ein vertrauensvolles Behandlungsklima sind.
84 Häufig steht die Behandlung von Inhaftierten hinter dem gesellschaftlichen
85 Sicherheitsbedürfnis zurück. Spätestens ab dem Zeitpunkt der Entlassung trägt
86 dies jedoch zu einem widersprüchlichen Ergebnis für die öffentliche Sicherheit
87 bei - nämlich einer überdurchschnittlichen erneuten Straffälligkeit im Vergleich
88 zu ambulanten Maßnahmen.

89 Trotz der benannten Herausforderungen können therapeutische Angebote in den
90 Justizvollzugsanstalten einen wichtigen Beitrag für die Resozialisierung der
91 Inhaftierten leisten. Nur einem geringen Teil der Inhaftierten steht jedoch die
92 Möglichkeit einer Sozialtherapie offen. Eine produktive Teilnahme von
93 Inhaftierten an einer Sozialtherapie ist in vielen Fällen außerdem ein wichtiges
94 Element für eine positive Kriminalprognose und somit eine Voraussetzung für
95 Lockerungen, die die Inhaftierten auf die Zeit nach der Entlassung vorbereiten
96 sollen.

97 2. Unsere Ziele

98 Zur Erreichung eines modernen und evidenzbasierten Umgangs mit Straftaten
99 stellen wir zwei Hauptanliegen in den Fokus.

100 Wir wollen die Verhängung der Freiheitsstrafe reduzieren. Dazu sollte zunächst
101 eine Entrümpelung des Strafgesetzbuches (StGB) beitragen. Strafe ist Ultima Ratio
102 staatlichen Handelns. Der gesetzliche Auftrag der Resozialisierung ist für uns
103 die wichtigste Maßgabe und oberste Priorität für alle Aspekte des Vollzuges.
104 Verhaltensweisen, die nicht strafwürdig sind, sollten im StGB auch nicht unter
105 Strafe gestellt werden; konkret das Fahren ohne gültigen Fahrausweis sowie der
106 Besitz und der Konsum von Cannabis. Die Ersatzfreiheitsstrafe sollte gänzlich
107 abgeschafft werden. Denn ein Freiheitsentzug für Bürger*innen, die eine
108 Geldstrafe nicht zahlen können, ist unangemessen und benachteiligt Menschen mit
109 geringem Einkommen strukturell. Insgesamt wollen wir Alternativen zum
110 Strafvollzug stärken. Anstelle der Freiheitsstrafe sind ambulante Maßnahmen eine
111 nachhaltigere Antwort auf eine Straftat. Deshalb sollen neue ambulante Strafen
112 im StGB verankert und bestehende gestärkt werden.

113 Zweitens muss der Strafvollzug menschlich und modern ausgestaltet sein. Bei
114 schwereren Straftaten ist die Anordnung einer Freiheitsstrafe aktuell
115 unvermeidlich. Ein Strafvollzug, der mehr tut, als die Inhaftierten
116 wegzusperrn, ist ein Gebot der Menschenwürde. Gute personelle und finanzielle
117 Ressourcen für Behandlungs- und Bildungsangebote in den Justizvollzugsanstalten
118 sind für eine Resozialisierung unerlässlich. Schließlich kehren Inhaftierte nach
119 Verbüßung der Freiheitsstrafe in die Gesellschaft zurück und sollen dort
120 zurechtkommen, ohne dass sie erneut Straftaten begehen.

121 a) Freiheitsstrafe reduzieren

122 aa) Strafrecht entrümpeln

123 Strafe darf nur Ultima Ratio staatlichen Handelns sein. Das Strafrecht, welches
124 regelmäßig Handlungsfeld von populistischen Debatten war und ist, muss mit
125 dieser Maxime entrümpelt werden. Nicht jedes gesellschaftlich unerwünscht
126 Verhalten kann und sollte mit den Mitteln des Strafrechts begegnet werden.
127 Zuvorderst fordern wir vor diesem Hintergrund die Entkriminalisierung des
128 Fahrens ohne gültigen Fahrausweis im Sinne des Erschleichens von Leistungen (§
129 265a Abs. 1 Var. 3 StGB). Rund zehn Prozent aller Verurteilungen nach
130 allgemeinem Strafrecht gehen auf diesen Straftatbestand zurück. Dabei ist das
131 vermeintlich geschaffene Unrecht so gering, dass es in den Bagatellbereich
132 fällt.

133 Konsument*innen von Cannabis gehören ebenso wenig bestraft wie Konsument*innen
134 von Alkohol. Wir befürworten deshalb den Beschluss der Bundesregierung, eine
135 kontrollierte Abgabe von Cannabis zu legalisieren, als einen wichtigen Schritt,
136 Kapazitäten der Ermittlungsbehörden für schwere Straftaten freizulegen,
137 kriminelle Strukturen zu schwächen sowie unseren gesellschaftlichen Umgang mit
138 Drogenkonsum zu verändern und die Prävention sowie die Unterstützung und Hilfe
139 bei Abhängigkeit auszubauen.

140 bb) Ersatzfreiheitsstrafe (§ 43 Strafgesetzbuch) abschaffen

141 Wir setzen uns für eine vollständige Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe ein.
142 Die Reform der Bundesregierung, wonach die Ersatzfreiheitsstrafe halbiert werden
143 soll, ist ein erster Schritt, löst jedoch nicht die strukturellen Probleme, die
144 mit der Ersatzfreiheitsstrafe an sich einhergehen. Ersatzfreiheitsstrafen
145 betreffen in Deutschland circa 50.000 Menschen im Jahr, weil sie eine
146 gerichtlich auferlegte Geldstrafe nicht zahlen (können). Gerade eine kurze
147 Inhaftierung ist für die Betroffenen meist mit schwerwiegenden Folgen auch nach
148 der Entlassung verbunden. Die Inhaftierung geht beispielsweise häufig mit dem
149 Verlust der Wohnung einher, was die geordnete Lebensführung nach der
150 Haftentlassung weiter erschwert. Hinzu kommen die kritischen Punkte, die
151 Kurzstrafen insgesamt betreffen. So sind etwa eine Behandlung in Form einer
152 Suchttherapie bei einer so kurzen Dauer nicht möglich.

153 Auch aus Perspektive des Justizvollzugs wäre die Abschaffung vorteilhaft. Rund
154 ein Zehntel aller Inhaftierten sitzt eine Ersatzfreiheitsstrafe ab. Die dafür
155 gebundenen Kapazitäten sind für einen besseren Betreuungsschlüssel deutlich
156 sinnvoller eingesetzt.

157 cc) Alternative Sanktionen im Strafgesetzbuch und Jugendgerichtsgesetz verankern
158 und stärken

159 (1) Restorative Justice / Täter-Opfer-Ausgleich

160 Wir wollen die Etablierung von Restorative Justice vor, neben und nach dem
161 Strafverfahren voranbringen. Grundsätzliche Voraussetzung ist dabei immer die
162 Freiwilligkeit der Teilnahme für Täter*in und Opfer. Der Ansatz der Restorative
163 Justice stellt die Bedürfnisse von Opfern einer Straftat in den Mittelpunkt.
164 Diese Bedürfnisse können beispielsweise gerichtet sein auf eine
165 Schadensanerkennung durch den/die Täter*innen und das soziale Umfeld, darauf
166 dass durch die Straftäter*innen nicht weitere Menschen zu Opfern werden, auf
167 Antworten auf ihre Fragen nach dem Motiv für die Tat und auf Schadensersatz,
168 Wiedergutmachung und Ausgleich. Im Gegensatz zum Strafverfahren, in dem es für
169 Betroffene lediglich möglich ist als Nebenkläger*innen aufzutreten und die oben

170 genannten Bedürfnisse häufig keine Berücksichtigung finden können, geht es bei
171 Restorative Justice darum einen umfassenderen Ausgleich für das Opfer zu
172 erreichen, „to make things right“. In diesem Konzept werden Straftaten als
173 Schädigung von Menschen und ihren Beziehungen betrachtet. Opfer haben die
174 Gelegenheit, diese genau zu benennen und Täter*innen zu konfrontieren. Für
175 Täter*innen erwachsen daraus Verpflichtungen, die sie allerdings erst einlösen
176 können, wenn sie in die Lage versetzt werden, Verantwortung zu übernehmen. Dies
177 setzt eine intensive Arbeit mit den Täter*innen voraus, durch die sie einen
178 Zugang zu ihren Werten und Emotionen erlangen können.

179 Rechtliche Grundlagen für diesen Ansatz finden sich im geltenden Strafrecht zum
180 Beispiel beim Täter-Opfer-Ausgleich. Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass
181 Staatsanwaltschaften und Gerichte in jedem Stadium des Verfahrens die
182 Möglichkeiten prüfen, einen Ausgleich zwischen Beschuldigtem und Verletztem zu
183 erreichen. Bemüht sich der Täter oder die Täterin ernsthaft um einen Täter-
184 Opfer-Ausgleich, kann die Staatsanwaltschaft oder das Gericht das Verfahren
185 einstellen. Möglich ist alternativ auch eine Milderung der Strafe durch das
186 Gericht. Bislang kommt der Ausgleich insgesamt zu wenig und gerade bei schwerer
187 Kriminalität kaum zum Einsatz. Länder wie Belgien zeigen jedoch, dass dies auch
188 bei Gewaltkriminalität möglich ist und nicht nur den Bedürfnissen der
189 Betroffenen von Gewalt Rechnung tragen kann, sondern auch die Rückfallquote von
190 Täter*innen deutlich reduziert. Unser Ziel ist es, den Zugang von Betroffenen
191 von Straftaten zum Täter- Opfer-Ausgleich zu gewährleisten, wenn dies in ihrem
192 Interesse ist. Deshalb fordern wir den Bund auf, die Vorschriften für den Täter-
193 Opfer-Ausgleich zu überarbeiten und seinen Anwendungsbereich zu erweitern sowie
194 zusätzliche alternative Wiedergutmachungsverfahren, die in ausländischen
195 Strafverfahrensordnungen bereits etabliert sind, in das deutsche Recht zu
196 überführen und dabei Opferinteressen und die Ansätze der Restorative Justice zu
197 Grunde zu legen.

198 (2) elektronische Aufenthaltsüberwachung als milderes Mittel zur Freiheitsstrafe

199 Wir setzen uns für eine Änderung im StGB ein, die als milderes, Mittel zur
200 Verhängung einer Freiheitsstrafe die gerichtliche Anordnung einer
201 grundrechtsschonenden Form der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (bekannt
202 als elektronische Fußfessel) unter sozialtherapeutischer Begleitung als
203 alternative Sanktionsform vorsieht. Die elektronische Aufenthaltsüberwachung als
204 Mittel zur Gefahrenabwehr, etwa für so genannte Gefährder*innen lehnen wir als
205 Bürger*innenrechtspartei strikt ab.

206 (3) Verstärkte Anwendung von § 35 Betäubungsmittelgesetz

207 Wir befürworten zudem eine Erweiterung des Anwendungsbereichs des § 35
208 Betäubungsmittelgesetz (BtMG), wonach die Strafvollstreckung für eine Behandlung
209 zurückgestellt werden kann, wenn ein Zusammenhang zwischen dem Delikt und einer
210 Suchterkrankung besteht. Voraussetzung ist auch hier, dass ausreichend
211 anerkannte Anlaufstellen vorhanden sind, um einen Behandlungsplatz zu erhalten.
212 Wir setzen uns dafür ein, die Zahl der Behandlungsplätze für Menschen mit
213 Suchtmittelabhängigkeit außerhalb des Vollzuges zu erhöhen.

214 (4) Jugendhilfe ausbauen

215 Ambulante Angebote und haftvermeidende Maßnahmen für Jugendliche müssen im JGG
216 ausgebaut werden. Die Anwendung von Täter-Opfer- Ausgleich oder Anti-

217 Aggressionstrainings können die Rückfallquoten im Jugendstrafrecht ebenfalls
218 deutlich reduzieren. Für geeignete familiäre Situationen sollen auch so genannte
219 Familienkonferenzen, nach neuseeländischem Vorbild gefördert werden. Sie sind
220 eine Methode des Restorative Justice. Die Familie der Täter*in wird einbezogen
221 in die Auseinandersetzung mit der Tat und stützt den
222 Verantwortungsübernahmeprozess. Vereinbarungen zur Wiedergutmachung können so
223 mit Unterstützung der Familie umgesetzt werden. Auch hier sind die Bedürfnisse
224 der Opfer Grundlage für das Verfahren.

225 Wir setzen uns dafür ein, das niederländische Modell HALT auch in Deutschland zu
226 erproben. In diesem müssen sich Jugendliche Straftäter*innen unter Betreuung mit
227 ihren Straftaten auseinandersetzen, lernen um Entschuldigung zu bitten,
228 Schadenersatz zu zahlen und mit Arbeitsstunden eine „nützliche“ Strafe zu
229 verbüßen. Wenn sie diese Bedingungen erfüllen, gelten sie als nicht vorbestraft
230 und sind so weniger stigmatisiert. Hierfür gilt es die entsprechenden
231 bundesgesetzlichen Regelungen zu ändern.

232 b) Strafvollzug menschlich und modern

233 Strafvollzug bedeutet für die Inhaftierten den Eintritt in einen fast
234 vollständig fremdbestimmten Alltag. Ein moderner Strafvollzug ist menschenwürdig
235 ausgestaltet und darauf ausgerichtet, die Inhaftierten so gut wie möglich auf
236 ein straffreies Leben nach der Entlassung vorzubereiten. Besondere Beachtung und
237 entsprechende Angebote verdienen dabei jene Gruppen, die gesamtgesellschaftlich
238 bereits strukturell benachteiligt werden. Besondere Vollzugsformen sollten als
239 Alternative zum klassischen Justizvollzug stärker gefördert werden. Außerdem
240 muss Resozialisierung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen werden, die
241 nicht mit der Entlassung endet.

242 aa) Rentenversicherung und Entlohnung

243 Inhaftierte, die in den Justizvollzugsanstalten einer Erwerbstätigkeit
244 nachgehen, sollten auch in die Rentenversicherung einzahlen. Wir fordern den
245 Bundesgesetzgeber auf, dies umzusetzen und die Kosten hierfür zu tragen.

246 Wir setzen uns dafür ein, dass die Entlohnung von Inhaftierten, die einer
247 Erwerbstätigkeit nachgehen, im Lichte der bevorstehenden Entscheidung des
248 Bundesverfassungsgerichts überprüft und entsprechend angepasst wird.

249 bb) Besondere Bedarfe, besondere Angebote

250 (1) Frauen im Vollzug

251 In Sachsen stehen 7% der Haftplätze für Frauen aus Sachsen und Thüringen in der
252 Justizvollzugsanstalt Chemnitz zur Verfügung. Frauen sind eine Minderheit unter
253 den Inhaftierten. Dies macht die angestrebte wohnortnahe Unterbringung häufig
254 unmöglich, resultiert in deutlich größerem Aufwand für Besuche von Angehörigen,
255 die jedoch für eine Resozialisierung so wichtig sind und ermöglicht gleichzeitig
256 in viel geringerem Maße einer Differenzierung nach Alter und Deliktsart. Durch
257 unsere Bündnisgrüne Initiative gibt es nun auch ein eigenes Angebot für den
258 Vollzug in freien Formen für Frauen.

259 Wir setzen uns dafür ein, dass auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der
260 Geschlechter im Vollzug auch gesetzlich differenzierter eingegangen werden soll.
261 Zudem müssen Mitarbeiter*innen für die Bedürfnisse weiblicher Inhaftierter

262 sensibilisiert werden und ein umfassender Schutz vor Missbrauch im Justizvollzug
263 zu gewährleisten.

264 Ein hoher Anteil an Frauen mit Substanzabhängigkeiten in Frauenhaftanstalten
265 verhindert zudem, dass Frauen in den offenen Vollzug oder zusammen mit ihren
266 kleinen Kindern in der Mutter-Kind-Station leben können. Dabei ist gerade die
267 Eltern-Kind-Beziehung zu schützen.

268 (2) sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Vollzug

269 Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sind Realität in unserer Gesellschaft und
270 damit auch Realität in Justizvollzugsanstalten. Bündnisgrüne in Sachsen setzen
271 sich dafür ein, im Rahmen der Novellierung des Landesaktionsplans Vielfalt (LAP)
272 auch den Justizvollzug einzubeziehen. Im Mittelpunkt muss die niedrigschwellige
273 Informations- und Beratungsmöglichkeit stehen.

274 Wir setzen uns für die Schaffung gesetzlicher Grundlagen im Bereich trans*Personen
275 (trans*, inter* und nicht-binäre Personen) für den Vollzug ein. Staatliche
276 Verwaltung sollte dabei die Expertise queerer NGO's miteinbeziehen. Die Bedarfe
277 queerer Inhaftierter müssen ermittelt und ein Leitfaden bezüglich sexueller und
278 geschlechtlicher Vielfalt für Mitarbeiter*innen der Justizvollzugsanstalten
279 erstellt werden. Zudem regen wir an, dass Ansprechpersonen für queere Anliegen
280 ernannt und bekannt gemacht werden. Beratungsangebote müssen niedrigschwellig
281 verfügbar sein und bekannt gemacht werden. Die Voraussetzungen für einen Zugang
282 für medizinische Transition müssen ermittelt werden.

283 (3) Suchtmittelabhängigkeit

284 Justizvollzugsanstalten sind keine drogenfreien Räume. Rund jede*r dritte
285 Inhaftierte in Deutschland ist von einer oder mehreren Drogen abhängig.
286 Suchtberatung und Suchttherapie während der Inhaftierung und darüber hinaus sind
287 deshalb zentrale Bausteine für eine erfolgreiche Resozialisierung. Sie
288 verringern während der Haftzeit die Wahrscheinlichkeit einer Rückfälligkeit. Oft
289 ist der Zugang in den Justizvollzugsanstalten jedoch sehr reglementiert, da es
290 zu wenige Plätze gibt. Wir setzen uns dafür ein die Kapazitäten für
291 Suchttherapien im Justizvollzug auszubauen.

292 Es gibt jedoch eine nicht geringe Anzahl von Menschen, für die ein
293 „Normalzustand Abstinenz“ nicht erreichbar ist. Mit Hilfe von Substitution kann
294 der Suchtdruck für die Betroffenen verringert und der Allgemeinzustand der
295 Betroffenen verbessert werden, was zum Beispiel bedeutet, dass Substituierende
296 weniger psychische Probleme haben und einen normalen Alltag aufbauen können.
297 Außerdem sollen Not- und Todesfälle durch Überkonsum in den
298 Justizvollzugsanstalten damit eingedämmt werden. Auch die Verbreitung von
299 Infektionskrankheiten, wie Hepatitis C und HIV durch den Handel mit Spritzen
300 soll durch Substitution eingedämmt werden. Wir setzen uns für den Zugang zu
301 Substitution bei Bedarf ein und zudem für den Zugang zu durchgängig erreichbaren
302 Ansprechstellen (und die dafür benötigten Ressourcen) über die Haftzeit hinaus.

303 (4) Menschen mit psychischen Erkrankungen

304 Nach einem Strafverfahren ist nicht jede*r Angeklagte*r mit einer
305 behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankung automatisch im Maßregelvollzug
306 untergebracht. Vielmehr erfolgt eine solche Unterbringung aufgrund verminderter

307 Schulfähigkeit oder Schuldunfähigkeit zum Zeitpunkt der Tat, die nicht zwingend
308 aus einer psychischen Erkrankung hervorgehen muss.

309 Im Regelvollzug ist der Anteil von Menschen mit psychischen Erkrankungen jedoch
310 im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung deutlich erhöht. Die Ausnahmesituation
311 Freiheitsentzug kann diese verstärken oder auslösen. Behandlungsbedürftige
312 psychische Erkrankungen können sich negativ auf die Kriminalprognose und den
313 Resozialisierungsprozess auswirken. Umso entscheidender ist die geeignete
314 Versorgung mit therapeutischer Begleitung für diese Menschen während des
315 Strafvollzuges, bei Entlassung und Entlassungsvorbereitung. Für viele Betroffene
316 kann für eine erfolgreiche Resozialisierung ein erhöhter Begleitaufwand, gerade
317 in der Entlassungsphase erforderlich sein.

318 Psychotherapeut*innen im Strafvollzug müssen in ihrer Arbeit mit einem ständigen
319 Konflikt zwischen Schweigen und Offenbaren umgehen. Neben einer
320 Offenbarungspflicht, die die Gefahr von Leib und Leben betrifft, geht die
321 Offenbarungspflicht von Therapeut*innen gegenüber der Anstaltsleitung im Vollzug
322 oftmals weit darüber hinaus. Wir setzen uns für die Begrenzung der
323 Offenbarungspflichten für behandelnde Psycholog*innen ein. Perspektivisch sind
324 weitere Überlegungen dazu anzustellen, ob Entscheidungen über Lockerungen und
325 Unterbringungen in andere Vollzugsformen als den geschlossenen Vollzug zum
326 Schutz des therapeutischen Raums in den Justizvollzugsanstalten durch
327 Strafvollstreckungskammern getroffen werden sollen. Damit einhergehen könnte
328 auch die Schweigepflicht für die mit therapeutischen Aufgaben Betreuten in den
329 Justizvollzugsanstalten.

330 (5) ausländische Inhaftierte und Inhaftierte mit internationaler Geschichte

331 Der Anteil ausländischer Inhaftierter in Sachsen beläuft sich, Stand 2019, auf
332 rund 24%. Sie und auch Inhaftierte mit internationaler Geschichte sind besonders
333 vor Diskriminierung zu schützen. Drohungen, Beleidigungen und Gewalt durch
334 andere Inhaftierte aufgrund menschenfeindlicher Einstellungen, wie Rassismus,
335 Antisemitismus und Antisemitismus, können mittelbar zu Traumata führen. Auch
336 diskriminierende Übergriffe durch Bedienstete der Justizvollzugsanstalten, wie
337 etwa die Fälle rassistischer Gewalt in der Justizvollzugsanstalt Dresden, sind
338 inakzeptabel. Wir setzen uns dafür ein, dass der Kampf gegen menschenfeindliche
339 Einstellungen, wie bei anderen Institutionen des öffentlichen Dienstes, auch im
340 Justizvollzug einen höheren Stellenwert einnimmt. Dies gilt aufgrund des
341 Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Bediensteten und Inhaftierten im
342 Justizvollzug in besonderem Maße.

343 Mit einer Diversitätsoffensive sollen zudem migrantische und postmigrantische
344 Auszubildende und Studierende für eine Tätigkeit im Justizvollzug angeworben
345 werden, wie dies bereits in einigen Bundesländern bei der Polizei erfolgreich
346 praktiziert wird. Das Videodolmetschen mit qualifizierten Sprachmittler*innen
347 wird dauerhaft verankert, um den Zugang zu absolut notwendiger Kommunikation,
348 wie die Wissensvermittlung über Ansprechpartner*innen aber auch bei
349 gesundheitsbedingter Kommunikation mit Pfleger*innen, Ärzt*innen und
350 Psycholog*innen mit nicht oder wenig deutschsprechenden Inhaftierten zu
351 gewährleisten. Ebenso ist die Möglichkeit der Videotelefonie unerlässlich für
352 den Kontakt mit in großer Entfernung lebenden Verwandten und Vertrauten. Wir
353 begrüßen zudem die kürzlich erfolgte Ausschreibung für die Stelle eines

354 muslimischen Seelsorgenden in den sächsischen Justizvollzugsanstalten, der das
355 Angebot der Seelsorge endlich erweitern wird.

356 cc) Besondere Vollzugsformen

357 Innerhalb des Vollzugs setzen wir auf eine fortschrittliche Entwicklung, zu
358 dieser wir beispielsweise eine bessere Auslastung des offenen Vollzuges zählen.
359 Dazu müssen rechtliche Änderungen umgesetzt und ein progressiveres Verständnis
360 der Förderung von Inhaftierten und der positiven Bedeutung von gelingenden
361 Resozialisierungsmaßnahmen in der Gesellschaft als Ganzes erreicht werden. Ein
362 abgestuftes Vollzugsmodell, in welchem Inhaftierte in der Regel vor der
363 Entlassung in den offenen Vollzug verlegt werden, soll gesetzlich verankert
364 werden. Wir setzen uns dafür ein, im Wohngruppenvollzug eine Betreuung mit
365 konstantem Personal sicherzustellen, um die Möglichkeit für tragfähige Bindungen
366 zu schaffen. Hierfür ist der Personalschlüssel im Justizvollzug weiter zu
367 verbessern. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Personalbedarfsberechnung
368 im Justizvollzug künftig zur verbindlichen Grundlage für die Personalausstattung
369 der Justizvollzugsanstalten wird.

370 Sachsen hat durch Bündnisgrüne Beteiligung deutschlandweit die Vorreiterrolle im
371 Bereich des Vollzuges in freien Formen. Diese gilt es aufzubauen,
372 fortzuentwickeln und positiven Aspekte dieser Angebote einer immer größeren Zahl
373 an Inhaftierten zu ermöglichen. Merkbliche Verbesserungen für Inhaftierte und
374 Gesellschaft als Ganzes gelingen nur bedingt durch Leuchtturmprojekte, sondern
375 vor allem, wenn die Möglichkeiten sachsenweit zur Verfügung stehen.

376 Besondere Beachtung verdient zudem der Jugendstrafvollzug. Anders als im
377 Erwachsenenvollzug, ist der Auftrag des Jugendstrafvollzuges in erster Linie die
378 erzieherische Einwirkung. Mit einer Rückfallquote von bis zu 70% wird deutlich,
379 wie groß der Handlungsbedarf im Umgang mit jungen Straftäter*innen ist. Unser
380 Ziel ist es, Jugendliche in Alternativen zum Strafvollzug zu betreuen, um ihre
381 Chancen auf ein straffreies Leben zu erhöhen. Projekte, die bereits Erfolge
382 gezeigt haben und die zu einer starken Reduktion der Rückfälligkeit geführt
383 haben, wollen wir stärken und so einen Beitrag zum Umbau des Vollzuges leisten.
384 Dazu zählt der Vollzug in freien Formen für Jugendliche, wie ihn der Seehaus
385 e.V. anbietet. Dort leben straffällig gewordene Jugendlichen einem geschulten
386 Familienverband und werden in einem routinierten Tagesablauf betreut. Auch
387 andere Projekte, wie das Modellprojekt RESI (Resozialisierung und soziale
388 Integration), welches im Kölner Umland von 2009-2013 durchgeführt wurde und eine
389 Rückfallquote von nur 13% hatte, können hierfür Impulse bieten.

390 dd) Resozialisierung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

391 Für das Gelingen von Resozialisierung ist nicht allein der Justizvollzug
392 verantwortlich. Es braucht vielmehr ein engmaschiges Netz, das Straffällige auf
393 ihrem Weg in ein Leben ohne Kriminalität unterstützt. Dieses Netz sollte auch
394 nach der Entlassung aus der Inhaftierung nicht plötzlich wegfallen. Wir setzen
395 uns für eine Ausweitung des Übergangsmanagements ein, etwa durch die Einrichtung
396 von sozialen Integrationszentren auf kommunaler Ebene, die die Versorgung von
397 straffällig gewordenen Menschen und ihren Angehörigen, auch über die Haftzeit
398 hinaus gewährleisten. Alle an der Resozialisierung mitwirkenden Institutionen,
399 staatliche und freie Träger, sollen sich in diesem Zentrum vernetzen.

400 Wir setzen uns dafür ein, die in vielen Ländern bereits genutzten Housing-first-
401 Projekte, wie in der Stadt Leipzig, zu fördern und dauerhaft zu verankern. Auf
402 diese Weise wird der Kriminalität infolge von Obdachlosigkeit entgegengewirkt.
403 Das aus den USA stammende Konzept Housing-first, welches bereits in vielen
404 Ländern, wie etwa Finnland zur Anwendung kommt, setzt darauf, dass Menschen
405 zuerst eine Wohnung bereitgestellt wird damit überhaupt die Möglichkeit besteht,
406 das eigene Leben zu ordnen und sich um vielschichtige Problemlagen zu kümmern.

407 3. Ausblick

408 In vielen Fällen ist Kriminalität das Ergebnis gesellschaftlicher Missstände.
409 Wir setzen uns für eine Politik ein, die der sozialen Spaltung etwas
410 entgegensetzt, Armut und Ausgrenzung verringert und kriminellen Biographien
411 vorbeugt. Viele Menschen haben keinen Zugang zu niedrigschwelliger
412 psychologischer Betreuung, zu Unterstützung beim Kampf gegen Sucht oder zu
413 Beratung bezüglich ihrer finanziellen Situation. Für den Ausbau dieser
414 Unterstützung muss der Staat mehr Mittel zur Verfügung stellen, das System des
415 Zugangs zu Beratungsangeboten grundlegend verändern und die Ausbildungen für die
416 zugehörigen Berufe attraktiver gestalten. Unsere Gesellschaft muss lernen,
417 besser mit Fehlern und Konflikten umzugehen und diesem Umgang einen größeren
418 Raum geben, um sie nachhaltig zu beheben und lösen. Wir setzen uns dafür ein,
419 dass bereits Kinder gemeinsam lernen, welche Möglichkeiten es gibt, um Konflikte
420 auszutragen und zu lösen.

421 Politik, die sich für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller
422 Menschen einsetzt und die Stigmatisierung den Kampf ansagt, ist verpflichtet
423 sich ernsthaft mit dem Thema Strafvollzug auseinanderzusetzen. Es ist unsere
424 Aufgabe, eine Antwort auf die Frage nach Strafe und Freiheitsentzug in einer
425 modernen Gesellschaft zu finden und uns nicht mit Populismus zufriedenzugeben.
426 Der Justizvollzug darf mit dieser Aufgabe ebenso wenig allein gelassen werden,
427 wie mit der Resozialisierung der Inhaftierten. Wir Bündnisgrüne erkennen diese
428 als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller staatlichen und kommunalen Strukturen
429 an und stehen für eine noch besser werdende Ausstattung mit Personal- und
430 Sachressourcen ein. Ideologisch verkürzten Rufen nach besonderer Härte und
431 Schärfe durch und im Vollzug, rächen sich am Ende für die Gesellschaft durch
432 hohe Rückfallquoten in die Straffälligkeit. Ihnen treten wir entschieden
433 entgegen, da die negativen Folgen einer nicht hinreichend auf Resozialisierung
434 ausgerichteten Kriminalitäts- und Strafrechtspolitik nicht länger verdrängt
435 werden sollten.

436 Mit der Umsetzung von Alternativen zum Strafvollzug und mit der Evaluierung
437 ihrer Erfolge wollen wir gesellschaftliche Akzeptanz für eine Wandlung des
438 Vollzuges schaffen. Es wird immer Inhaftierte geben, die im geschlossenen
439 Vollzug untergebracht werden müssen. Für Viele, die derzeit in einer
440 Justizvollzugsanstalt eine Strafe verbüßen, gäbe es jedoch deutlich sinnvollere
441 Wege ihre Strafe zu verbüßen. Langfristig ist es unser Ziel, die Unterbringung
442 der meisten Straftäter*innen in alternativen Formen zum derzeitigen Vollzug
443 voranzubringen und so eine nachhaltigere Resozialisierung zu erreichen.